



CDU-FRAKTION  
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG  
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der  
Landschaftsversammlung  
Rheinland

## Antrag Nr. 14/343

öffentlich

**Datum:** 02.03.2020  
**Antragsteller:** CDU, SPD

<b>Krankenhausausschuss 2</b>	<b>03.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 4</b>	<b>04.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Gesundheitsausschuss</b>	<b>06.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Schulausschuss</b>	<b>09.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Sozialausschuss</b>	<b>10.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Ausschuss für den LVR- Verbund Heilpädagogischer Hilfen</b>	<b>17.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landesjugendhilfeausschuss</b>	<b>19.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Ausschuss für Inklusion</b>	<b>20.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Betriebsausschuss LVR- Jugendhilfe Rheinland</b>	<b>24.03.2020</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>26.03.2020</b>	<b>Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 3</b>	<b>11.05.2020</b>	<b>Kenntnis</b>
<b>Krankenhausausschuss 1</b>	<b>14.05.2020</b>	<b>Kenntnis</b>

### Tagesordnungspunkt:

**Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung**

### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, auf Grundlage der vorhandenen Konzepte und Erfahrungen ein LVR-Rahmenkonzept zum Gewaltschutz zu erarbeiten.

### Begründung:

Im Rahmen der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zur ersten Staatenprüfung Deutschlands wurde das Thema Gewaltschutz von Frauen und Mädchen mit Behinderungen als besonders dringlich hervorgehoben (vgl. Ziffer 36 in Verbindung mit Ziffer 63). Die Bundesregierung wurde aufgefordert, bereits im April 2016 über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten. Mit der Vorlage 14/1180 wurde der aktuelle Sachstand zum Gewaltschutz im LVR beschrieben sowie die zentralen Ergebnisse der Stellungnahme der Bundesregierung und des Landes NRW skizziert.

Aktuell führt der Focalpoint der Bundesregierung im BMAS eine neue Abfrage zu „Gewaltschutzstrukturen für Menschen mit Behinderungen“ auf Länderebene durch. Sie knüpft an das erste Staatenprüfungsverfahren (Follow up-Prozess) an und bereitet u.U. eine Studie hierzu vor.

Im LVR haben sich bereits verschiedene Vorlagen mit dem Thema „Gewalt“ befasst. Zuletzt hat die Verwaltung der politischen Vertretung mit der sehr informativen Vorlage 14/3821/1 dezernatsübergreifend präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zur Kenntnis gebracht. Um die im LVR vorhandene Expertise zu bündeln und nach Möglichkeit die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen zum Gewaltschutz zu erhöhen, erscheint ein qualifiziertes und abgestimmtes Vorgehen zielführend.

Frank Boss

Thomas Böll